

Demokratie im Rückwärtsgang? Mit speziellem Blick auf unsere Nachbarländer

Vortrag am 16.05.2018 von **Univ. Prof. Dr. Shalini Randeria**: geboren in den USA, aufgewachsen in Indien, studierte Soziologie und Sozialanthropologie in Delhi, Oxford und Berlin, wissenschaftliche Laufbahn mit Tätigkeiten an mehreren Universitäten in Indien und Europa, seit 2012 Professorin am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf, seit 2015 Rektorin des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen, Wien, seit 2017 Direktorin des Albert Hirschman Centre on Democracy, Genf sowie Mitglied im Board of Trustees der Central European University in Budapest.

Zusammenfassung:

Die globale Krise der Demokratie als politisches Erfolgsmodell geht mit einer Krise des Kapitalismus und mit einer Krise der Sozialdemokratie einher. Die Beschreibung von Staaten wie Ungarn als ‚illiberale Demokratien‘ verkennt das Problem. Wir haben es vielmehr mit einem ‚soft authoritarianism‘ zu tun, denn wesentliche Elemente einer funktionierenden Demokratie – z.B. Pressefreiheit, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung – sind in den betroffenen Ländern sogar mittels Gesetzen ausgehöhlt worden. Um diesem Trend, der mit der Zunahme von populistischen Tendenzen einhergeht, entgegenzuwirken, braucht es Ansätze, die die negativen Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftsordnung ernst nehmen.

Mehr zum Thema:

Seit mehreren Jahren ist ein **globaler Trend der Aushöhlung von Demokratien** zu beobachten. In Russland, der Türkei, Polen und Ungarn, aber auch in Indien, Brasilien oder Venezuela laufen ähnliche Entwicklungen ab. Am Beispiel von Ungarn lassen sich charakteristische Prozesse gut erkennen:

Die **Gesetzgebung** wird missbraucht, um demokratische Prinzipien wie Institutionen zu schwächen oder gar zu untergraben. Politische GegnerInnen, zivilgesellschaftliche KritikerInnen, oder unabhängige JournalistInnen werden zudem mit formalen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Dazu werden maßgeschneiderte Gesetze erlassen, die auf das Lahmlegen bestimmter Organisationen abzielen. > Beispiel Ungarn: Die neuen gesetzlichen Bestimmungen für Niederlassungen ausländischer Universitäten in Ungarn bedrohen gezielt die Central European University in ihrer Existenz.

Elemente der **direkten Demokratie** werden manipulativ eingesetzt. > Beispiel Ungarn: Der Abstimmungstext von Referenden enthält ganz offensichtliche Suggestivfragen.

Die **Medienfreiheit** wird zwar nicht durch eine deklarierte Zensur eingeschränkt, aber durch finanzielle Übernahme relevanter Medien. > Beispiel Ungarn: Viele Radiostationen und die regionale Presse haben mittlerweile regierungstreue Eigentümer, die in einem persönlichen Loyalitätsverhältnis zu Viktor Orbán stehen.

Mittels **Verfassungsänderungen** werden antidemokratische Prozesse und Entscheidungen längerfristig verankert, z.B. durch Veränderung von Wahlkreis-Einteilungen und der Bedingungen für die Teilnahme an Wahlen. > Beispiel Ungarn: Zuerst wurde das Verfassungsgericht personell umbesetzt, um allfälligen Widerstand von dieser Seite zu unterbinden. Danach folgten weitreichenden Verfassungsänderungen, die rasch und ohne

adäquate legislative Beratung beschlossen wurden. Angehörigen der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern (die tendenziell rechts wählen) wurde das Wahlrecht eingeräumt, sodass sie heute leichter an ungarischen Wahlen teilnehmen können als Ungarn, die im Ausland studieren (und eher regierungskritisch sind) und die statt an einer Briefwahl teilnehmen zu können, persönlich in die jeweilige Landeshauptstadt gehen müssen, um zu wählen.

Generell werden alle Organisationen, aus denen **kritische Stimmen** kommen könnten – wie z.B. Universitäten, NGOs und Medien – in ihren Rechten und Möglichkeiten beschnitten. > Beispiel Ungarn: Die Finanzmittel aller staatlichen Universitäten wurden drastisch gekürzt und Fidesz-Funktionäre mit weitreichenden Befugnissen in der Universitätsverwaltung installiert. Die Zahl der an Universitäten Studierenden ist von 2010 bis 2016 um 45% gesunken, es gibt eine deutliche Verschiebung hin zu berufsorientierten technischen Ausbildungen; mehr als 500.000 junge Menschen haben in den vergangenen 10 Jahren das Land verlassen. Alle NGOs, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland bekommen, stehen unter Generalverdacht und werden diskreditiert – insbesondere, wenn sie im humanitären Bereich wie in der Flüchtlingshilfe tätig sind oder sich für Frauenrechte engagieren. Allein die Kampagnen gegen die Central European University und die gegen ihren Gründer George Soros haben mittlerweile über 100 Mio. Euro verschlungen und betreiben offensichtlich Verhetzung. So sind z.B. Fotos von George Soros auf Plakaten am Boden von U-Bahn und Bussen in Budapest affiziert, sodass die Fahrgäste auf sein Gesicht treten müssen.

Der Begriff ‚**illiberale Demokratie**‘ geht auf den CNN-Journalisten Fareed Zakaria zurück. Wenn sich Regime, die sich der genannten Methoden bedienen, selbst so bezeichnen, dann ist das eine grobe Verharmlosung, weil wesentliche Elemente einer demokratischen Gesellschaft fehlen, bzw. eingeschränkt werden. Daher ist der Politologe Jan-Werner Müller der Auffassung, dass ihre Selbstbezeichnung als „illiberale Demokratie“ zurückgewiesen werden müsse. Denn es geht hierbei nicht um eine andere Spielart der Demokratie, sondern um autoritäre Regime.

Es gehört zum **Wesen der Demokratie**, dass ein friedlicher Machtwechsel möglich ist. Dazu sind eine informierte Öffentlichkeit und ein faires (nicht nur eine formale korrektes) Wahlrecht notwendig. Beides ist in den betroffenen Ländern nicht mehr gegeben bzw. stark eingeschränkt. Demokratische Politik beruht auf Kompromissbereitschaft und auf der Zulassung sowie der Aushandlung von Differenzen. Die Vertreter des „*soft authoritarianism*“ regieren aber nach dem Prinzip ‚*winner takes all*‘ und nehmen keine Rücksicht auf abweichende Meinungen und Minderheiten. Die Mehrheit wird als homogener ethno-nationalistischer Monolith verstanden, wechselnde politische Mehrheiten je nach Thematik sind nicht vorgesehen. Das entspricht dem populistischen Selbstverständnis rechtsnationaler Parteien als ‚*wahre Stimme des Volkes*¹‘, die eine permanente Mehrheit repräsentiere, ein beliebtes Motiv in Ansprachen und Publikationen ihrer VertreterInnen.

Die Kritik einer liberalen Demokratie ist nicht neu:

- Ihre linken KritikerInnen werfen ihr vor, sie offeriere den BürgerInnen nur formale Freiheiten und billige ihnen lediglich einen Status als Konsumenten in einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu, die zugunsten wirtschaftlicher Eliten funktioniere.
- Die rechte Kritik hält Parlamente für Fassaden, hinter denen Mauscheleien unter den Eliten ablaufen. Sie attackiert nicht nur ExpertInnenmeinungen im Namen des Volkswillens, sondern insb. auch all jene staatlichen Einrichtungen, deren VertreterInnen nicht unmittelbar gewählt werden (Verfassungsgerichte, Notenbanken, Universitäten).

¹ Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.

- Ein „*soft authoritarianism*“, der meist von einem starken Mann personifiziert wird, verbindet scheinbar beide Argumente. Er rekurriert auf den Widerstand gegen den neo-liberalen Kapitalismus und die Hetze gegen eine kosmopolitische Elite. Es wird hierbei sowohl ethno-nationalistisch als auch religiös-moralisch gegen eine pluralistische Gesellschaft wie Diversität von Werten argumentiert.

Die **gesellschaftliche Kluft**, die sich in vielen Staaten zeigt – bei den letzten Wahlen in Österreich ebenso wie in den USA – ist die Kluft zwischen ‚*people from somewhere*‘ gegen ‚*people from anywhere*‘² : Menschen mit einer starken regionalen/nationalen/ethnischen/religiösen Identität fühlen sich benachteiligt und bedroht von Menschen, die sich in der globalisierten Welt besser zurecht finden, was zum unterschiedlichen Wahlverhalten von städtischer/ländlicher Bevölkerung, Gebildeten/wenig Gebildeten beiträgt.

Bei **Frauenrechten**, Genderfragen und Rechten für LGBT-Personen ist der Rückwärtsgang der betroffenen Länder besonders deutlich erkennbar. Die traditionelle Familie und die Mutterrolle der Frau werden idealisiert, die demographische Entwicklung wird zur Panikmache verwendet (*Wir sterben aus, die Zuwanderung verdrängt uns. Sie wird uns zur Minderheit im eignen Land machen!*).

Eine der Ursachen des globalen Trends zum „*soft authoritarianism*“ ist die **Krise des Wohlfahrtsstaates**, der als eine zentrale Errungenschaft der Sozialdemokratie gelten kann. Seit den 1970er Jahren, im Zuge der Neoliberalisierung der Wirtschaftsordnung, erfolgte aber eine systematische Aushöhlung von Tarifverträgen und anderen gewerkschaftlichen Instrumenten, genauso wie Kürzungen im Sozialbereich (wie etwa von Arbeitslosenunterstützung, zudem Einführung von Hartz IV und Ein-Euro-Jobs in Deutschland). Nicht nur sind Arbeitsverhältnisse prekär geworden, sondern die Arbeit ist für viele Menschen auch kein identitätsstiftendes Merkmal mehr. Überall in Europa ist die Sozialdemokratie nicht nur Leidtragende dieser Entwicklungen, es waren vielmehr sozialdemokratische Regierungen wie jene von Blair in England und Schröder in Deutschland, die den Abbau des Sozialstaates sowie die verheerende Einsparungspolitik vorangetrieben haben. Das politische Gleichheitsversprechen (1 BürgerIn = 1 Stimme) geht nicht mehr mit dem Versprechen wirtschaftlicher Chancengleichheit einher.

Im **Populismus** treten anstelle von Klassenidentitäten andere kollektive identitätsstiftende Merkmale (ethnische Zugehörigkeit, Religion) in den Vordergrund, die den öffentlichen Diskurs beherrschen und zur politischen Mobilisierung instrumentalisiert werden. Statt die Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft zu thematisieren, wird vielmehr die Grenze der nationalen Gemeinschaft und die Solidarität nach „außen“ debattiert (z.B. Sozialleistungen für MigrantInnen). Allerdings hat der politische Liberalismus bisher auch keine Antwort auf die sozialen Fragen des neoliberalen Wirtschaftssystems gefunden, genauso wenig auf die Fragen, die durch die brüchige Solidarität angesichts der zunehmenden Migration und der hohen Anzahl der Asylsuchenden aufgeworfen werden.

Fazit: Es geht darum, einerseits Ideen und Ansätze für neue Formen von gesellschaftlicher Inklusion und Solidarität zu entwickeln, andererseits die fundamentalen nationalen wie internationalen Interessenskonflikte der neoliberalen Wirtschaftsordnung zu thematisieren. Ein neuer Sozialvertrag muss geschlossen werden, der die Nutznießer der Globalisierung in die Verantwortung nimmt.

² Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*, London: C. Hurst & Co.

Literaturempfehlungen zum Thema:

Democracy at Risk. (Global Challenges, 2). Hrsg. Graduate Institute Geneva, 2017.

Shekhovtsov, Anton: Russia and the Western Far Right. Tango Noir. Taylor & Francis, 2017. ISBN 9781138658646

Transit. Europäische Revue. Zeitschrift herausgegeben vom Institut für die Wissenschaft vom Menschen, besonders: Heft 50 – Ein Zeitalter wird besichtigt (2017); Heft 48 – Rückkehr der illiberalen Demokratie? (2016); Heft 44 – Zukunft der Demokratie (2013)

Aus der Diskussion:

Die demographische Entwicklung hat grundsätzlich drei Variablen: Geburtenrate, Todesrate und Migration. Überall in Europa sinken die Geburtenraten, sodass viele Gesellschaften werden mit einer demographischen Defizit konfrontiert. Trotz pro-natalistischen Maßnahmen wird es kaum gelingen diesen Trend umzukehren und die Geburtenrate wieder zu erhöhen. Wenn rechte Parteien die Möglichkeit der Migration ausklammern, dann bleibt ein Mangel an Arbeits- und Fachkräften, das gewohnte sozialstaatliche Modell auf der Basis von Generationenvertrag und Vollbeschäftigung funktioniert nicht mehr. Gleichzeitig werden sozialstaatliche Leistungen, die die Elternschaft tatsächlich attraktiver machen, vernachlässigt. Die Tatsache, dass Frauenrechte im Allgemeinen sowie Verhütung und Abtreibung insb. plötzlich wieder zur Diskussion stehen oder die Wahlfreiheit der Frau den Rechten von Ungeborenen sowie der Gewissensfreiheit von ÄrztInnen gegenübergestellt wird, muss vor dem Hintergrund dieser demographischen Panikmache gesehen werden.

Die realen Abstiegsängste vieler Menschen werden von Rechtspopulisten für ihre Zwecke missbraucht, indem suggeriert wird, dass ethnische oder kulturelle Konflikte die Wurzeln des Problems sind. Es geht darum, diese Ängste ernst zu nehmen, andere Antworten zu vermitteln und die soziale Frage in den Mittelpunkt zu stellen.

Aktuelle Entwicklungen in vielen Staaten, auch in Österreich, sind kritisch zu beobachten: Eine aktive Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und die Universitätsautonomie sind wichtiger denn je. Es ist auch nicht zu übersehen, dass sich „soft authoritarianism“ immer dann etablieren kann, wenn sich die konservativen Kräfte eines Landes zum Steigbügelhalter der Rechtsnationalen machen.

Wenn ein Staat dem Modell des „soft authoritarianism“ folgt, dann ist die einzelne Führungspersönlichkeit nicht mehr entscheidend, denn der bereits vorangetriebenen Umbau des Staates ist durch den Austausch der Staatsspitze nicht einfach rückgängig zu machen. Korruption und Nepotismus sind in diesen Regimen ausgeprägt, die meisten Autokraten bereichern sich auch persönlich und sichern ihre Machtposition gut ab.

Orbán hat den Umbau Ungarns systematisch geplant. Während seiner Oppositionszeit hat er systematisch jene zivilgesellschaftlichen Organisationen gefördert, die nationale und traditionelle Werte pflegen, auch in der ungarischen Diaspora. So hat er breiten Rückhalt in der Bevölkerung für seinen ethno-nationalistischen Kurs gewonnen. Dass die Europäische Union Orbáns Regime nicht stärker in die Pflicht nimmt, hat vermutlich mit dem Schutz durch die Europäische Volkspartei zu tun, die Fidesz als Mehrheitsbringer im Europäischen Parlament nicht verlieren will.

Protokoll: Barbara Smrzka